WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Fakten und Hintergründe zu aktuellen industriepolitischen Fragen

Notwendigkeit verlässlicher und wettbewerbsfähiger Strompreise aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland

Berlin, 6. November 2025

Strom ist ein Schlüsselfaktor für Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Stahlindustrie

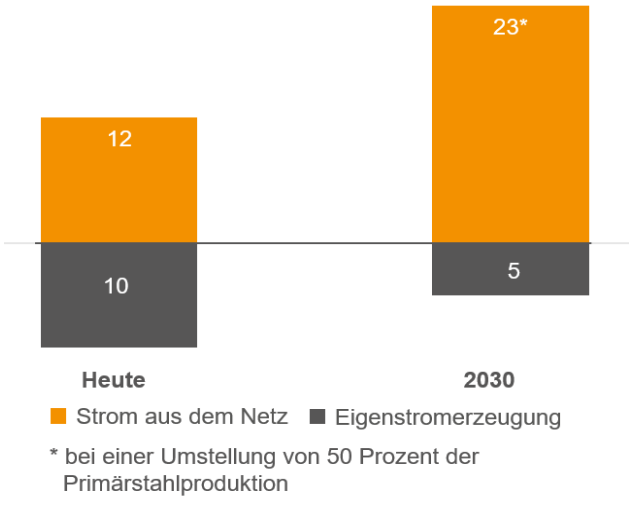
Die Stahlindustrie ist auf international wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Dies gilt aktuell für die überwiegend mittelständischen Elektrostahlwerke, die mit Strom Schrott zu neuem Stahl schmelzen und vergleichsweise CO_2-arm produzieren. Ihre Stromkosten liegen bei rund 40 Prozent der Bruttowertschöpfung. Die Elektrostahlwerke beziehen ihren Strom vollständig aus dem öffentlichen Netz und sind den hohen Strompreisen und Netzentgeltsteigerungen in vollem Umfang ausgesetzt.

Gleichzeitig investiert die deutsche Stahlindustrie derzeit Milliarden in den Umbau zur Klimaneutralität. Im Zuge dieser Entwicklung elektrifizieren Unternehmen ihre Produktionsprozesse umfassend – etwa durch wasserstoffbasierte Direktreduktion oder den Einsatz strombasierter Verfahren. Damit verbunden ist ein **stark steigender Strombedarf:** So erhöht sich durch die Umstellung der Primärstahlproduktion auf klimaschonende Prozesse der Strombedarf um den Faktor vier bis fünf. Und dieser muss im Gegensatz zur heutigen Situation, in der die integrierten Hüttenwerke ihren Strom aus im Produktionsprozess anfallenden Kuppelgasen zum größten Teil selbst produzieren, dann vom Markt bezogen und über das öffentliche Netz transportiert werden.

Auch in den Elektrostahlwerken und der Weiterverarbeitung des Stahls wird der Strombedarf durch die Elektrifizierung der Prozesswärmeerzeugung weiter ansteigen. Der Strombedarf der Stahlindustrie in Deutschland wird sich daher bis 2030 nahezu verdoppeln – **von heute 12 auf dann 23 Terawattstunden im Jahr**.

Wettbewerbsfähige und langfristig planbare Strompreise werden somit noch stärker als heute zu einem der zentralen Standortfaktoren. Ohne eine verlässliche und dauerhafte Entlastung steht nicht nur die Zukunft der Stahlbranche, sondern auch die industrielle Basis Deutschlands insgesamt auf dem Spiel.

Strombedarf der Stahlindustrie in Deutschland (in TWh)



* bei einer Umstellung von 50 Prozent der Primärstahlproduktion

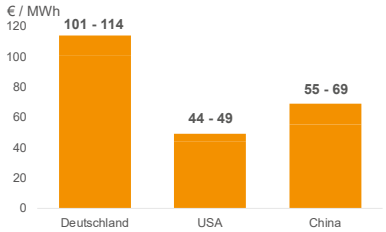
Quelle: Wirtschaftsvereinigung Stahl

Die Strompreise in Deutschland sind international nicht wettbewerbsfähig

Weltweite und innereuropäische Vergleiche zeigen
Börsenstrompreise in Deutschland nicht wettbewerbsfähig

Strompreise der Industrie 2023 im globalen Vergleich

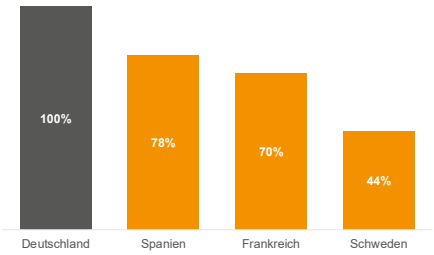
Spanne der Strompreise großer energieintensiver Unternehmen
– inklusive Netzentgelte, Abgaben und Steuern (ohne MwSt.)
– inklusive geltender Entlastungsmechanismen



Quelle: Industriestrategie des BMWK, 2023

Day Ahead-Preise im innereuropäischen Vergleich

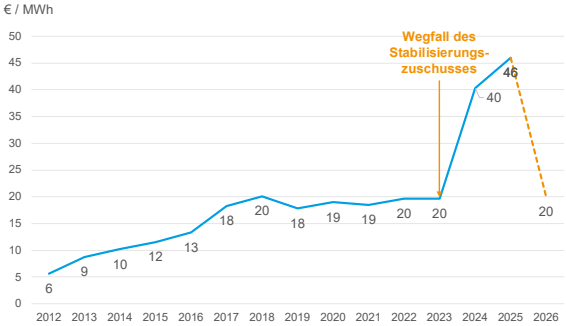
Index der Ø-Preisniveaus 16. Oktober 2024 bis 15. Oktober 2025 mit Deutschland = 100 %



Quelle: EMBER, eigene Berechnungen

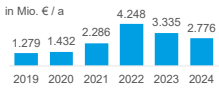
Das Problem: Die Stromkosten in Deutschland sind international nicht wettbewerbsfähig. Die Großhandelspreise für Strom liegen doppelt so hoch wie in den Vorkrisenjahren und weit über dem Niveau anderer wettbewerbsrelevanter Industrieländer wie USA, China oder Kanada. Auch in wichtigen EU-Ländern sind die Bezugspreise deutlich niedriger – ablesbar an den Börsennotierungen, etwa in Spanien oder Schweden, aber auch durch Industriestrompreislösungen wie in Frankreich oder neuerdings Italien.

Explosion der Übertragungsnetzentgelte
Niveau bleibt auch künftig hoch. Lösung dringend erforderlich!



Berechnungen der Wirtschaftsvereinigung Stahl auf Basis der Veröffentlichungen der Übertragungsnetzbetreiber für 5000 Benutzungsstunden.

Aktuell
Weiterhin hohe Kosten des Engpassmanagements.



Quelle: BNetzA, Netzengpassmanagement 2024.

Künftig

300 Mrd. € bis 2045
Kontinuierlich hohe Kosten durch Investitionen in den Netzausbau.

Hinzu kommen die Stromnetzentgelte, die für die Stahlindustrie seit 2023 in Deutschland mit dem Wegfall des staatlichen Zuschusses zu den Übertragungsnetzentgelten um 130 Prozent sprunghaft angestiegen sind. Diese Entwicklung markiert den Beginn einer Phase dauerhaft hoher Netzentgelte, da der notwendige Netzausbau mit langfristig steigenden Kosten verbunden ist. Während in den letzten Jahren die Kosten für Engpassmanagement und Redispatch die Netzentgelte in die Höhe getrieben haben, werden in den kommenden Jahren zunehmend die Kosten für den erforderlichen

Netzausbau zu Buche schlagen. Bis 2045 müssen allein bei den Übertragungsnetzen mindestens 300 Milliarden Euro – wahrscheinlich noch sehr viel mehr – gegenfinanziert werden müssen. Die Netzkosten werden also auch langfristig hoch bleiben bzw. weiter steigen.

Für die Stahlwerke in Deutschland ist dies – gerade in der aktuellen Zeit einer historischen Nachfrageschwäche und massivem Importdrucks – eine existenzielle Belastung. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Stahlstandorts Deutschland und seiner Wertschöpfungsketten zu erhalten, gilt es jetzt dringend, politisch zu handeln: Die Stromkosten für energieintensive Grundstoffindustrien wie den Stahl müssen rasch und nachhaltig gesenkt werden.

Dabei geht es auch um den Umbau zur Klimaneutralität: **Die Senkung der Strompreise ist ein Schlüsselfaktor für die Wirtschaftlichkeit von Investitionen in klimaschonende, aber stromintensive Prozesse.**

Was nun geschehen muss

Dauerhafte Senkung der Netzentgelte:

- Die Wiedereinführung des staatlichen Zuschusses zu den Übertragungsnetzentgelten ist ein wichtiger Schritt. Um Planungssicherheit zu gewährleisten, muss die Netzentgeltsenkung in der vorgesehenen Höhe dauerhaft verankert werden.
- Der aktuelle Gesetzentwurf der Bundesregierung für den Netzkostenzuschuss gilt jedoch nur für das Jahr 2026. Dieser muss dringend über 2026 hinaus verlässlich fortgeschrieben werden. Generell und langfristig muss die Bereitstellung und damit die Finanzierung von Stromnetzen – und gerade die Mehrkosten infolge der Energiewende – als Aufgabe der Daseinsvorsorge verstanden werden.

Fortführung und Vertiefung der Strompreiskompensation:

- Die Strompreiskompensation dient dem Ausgleich der im Strompreis enthaltenen CO_2-Mehrkosten. Sie ist für die Stahlindustrie eine fundamental wichtige Regelung zum Carbon Leakage-Schutz und kann einen entscheidenden Baustein für einen wettbewerbsfähigen Industriestrompreis darstellen. Dafür muss sie nicht nur in den kommenden Jahren und über 2030 hinaus fortgesetzt, sondern weiter ausgebaut und vertieft werden, so dass eine ausreichende Strompreisentlastung gesichert ist. Auch bei einer Erweiterung auf weitere Sektoren muss die Kompensation für die bisher anspruchsberechtigten Sektoren wie die Stahlindustrie in voller Höhe gewährleistet werden.
- Bis zum Ende des Jahres unterzieht die EU-Kommission die zugrundeliegende Beihilfeleitlinie einer Review. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass es in diesem Rahmen nicht zu weiteren Kürzungen kommt. Vielmehr sollte die Beihilfehöchstgrenze für die Kompensation von derzeit 75 Prozent aufgehoben und die kontinuierlich laufende Abschmelzung der Stromverbrauchsbenchmarks – die unabhängig davon erfolgt, ob Energieeffizienzpotentiale im Produktionsprozess überhaupt noch vorhanden sind – gestoppt werden. Denn dadurch verliert die Strompreiskompensation ihre Wirkung.

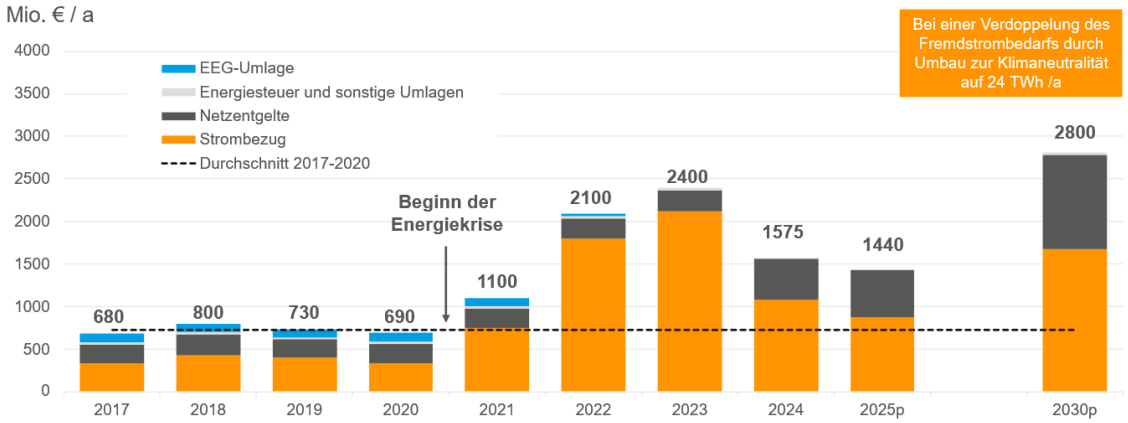
- Auch für die äußerst wichtige Senkung der Produktionskosten für grünen Wasserstoff spielt die verlässlich und auf Dauer angelegte Strompreiskompensation eine ganz wesentliche Rolle. Dafür muss sich die Bundesregierung in Brüssel einsetzen.
- Nach den Änderungen der EU-Kommission an der Methodik der Elektrostahl-Benchmarks im europäischen Emissionshandelssystem wird für die Elektrostahlwerke künftig ein Teil der CO_2-bedingten Mehrkosten im Strom durch eine Zuteilung von Zertifikaten abgedeckt. Da dies jedoch als Entlastung bei weitem nicht ausreicht und die freie Zuteilung, unter anderem aufgrund des CBAM, zunehmend abgeschmolzen wird, muss eine Regelung gefunden werden, mit der für die darüber hinaus verbleibenden indirekten CO_2-Kosten weiterhin Strompreiskompensation gewährt werden kann.

Entlastungen sichern:
- Die auf den Weg gebrachte Entfristung der Stromsteuersenkung ist für die Stahlindustrie zwingend notwendig. Sie sichert aber letztlich den langjährigen Status Quo und bringt keine zusätzliche Entlastung.
- Ein Augenmerk muss auf den ab 2027 angekündigten Kapazitätsmarkt gelegt werden: Die Absicherung einer stabilen Stromversorgung auch in wind- und sonnenschwachen Zeiten durch Investitionen in steuerbare Leistung ist notwendig – die Gegenfinanzierung darf aber die Stromkosten der energieintensiven Grundstoffindustrien, etwa durch eine Umlage, nicht noch weiter erhöhen.

Tatsächlichen Industriestrompreis entwickeln:
- Mit ihrem neuen Clean Industrial Deal State Aid Framework (CISAF) hat die EU-Kommission für die Mitgliedstaaten eine Möglichkeit geschaffen, den Strompreis für energieintensive Industrien durch einen staatlichen Zuschuss auf bis zu fünf Cent pro Kilowattstunde zu begrenzen. Die Bundesregierung hat angekündigt, auf dieser Grundlage eine Lösung für einen Industriestrompreis umzusetzen.
- Grundsätzlich ist dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der jedoch bei Weitem noch nicht ausreicht: Denn die Möglichkeit für einen Industriestrompreis wird im CISAF auf einen Anteil von 50 Prozent des Stromverbrauchs beschränkt. Zudem muss die Hälfte der gewährten Beihilfen reinvestiert werden – und steht damit für eine Entlastung nicht zur Verfügung. Schließlich können nach den Vorgaben des CISAF Unternehmen mit CO_2-Strompreiskompensation von dem Industriestrompreis nicht profitieren.
- Die EU-Kommission muss daher den – ohnehin befristeten – beihilferechtlichen Rahmen für den Industriestrompreis kurzfristig weiterentwickeln und beschränkende Vorgaben aufheben. Der Industriestrompreis sollte für den gesamten Stromverbrauch gewährt und uneingeschränkt mit der CO_2-Strompreiskompensation kombiniert werden können.
- Es muss Ziel bleiben, ein Konzept für einen langfristig planbaren Strompreis von 3 bis 6 Cent/kWh unter Einschluss der Netzentgelte und aller Abgaben und Umlagen zu entwickeln, um ein international tatsächlich wettbewerbsfähiges Strompreisniveau zu erreichen.

Stromkosten der Stahlindustrie

Noch immer doppelt so hoch wie vor der Energiekrise!



Quelle: Berechnungen der Wirtschaftsvereinigung Stahl für einen angenommenen Fremdstrombezug von 12 TWh aus dem öffentlichen Netz auf Basis von Veröffentlichungen des BDEW (Strompreisanalyse Februar 2024), der EEX sowie der ÜNB.
2030: Fortschreibung für einen gestiegenen Strombezug von 24 TWh.

32 Titel der Präsentation

Ihre Ansprechpartner

Roderik Hömann | Leiter Energie- und Klimapolitik
+49 160 5861023 | roderik.hoemann@wvstahl.de

Thomas Schauf | Leiter Strategie & Governmental Affairs
+49 175 9394415 | thomas.schauf@wvstahl.de

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Französische Straße 8
10117 Berlin

+49 30 2325546-0

info@wvstahl.de
www.wvstahl.de

Mitglied im